

Mal nachgefragt!

Wie gehen Kommunen mit Herausforderungen im Klimaschutz um?



© Laura Gouverneur

Laura Gouverneur
Klimaschutzmanagerin

**Landeshauptstadt
Wiesbaden**

Hessen
ca. 300.000 Einwohner:innen



... für den Weg zur
Klimaneutralität

Gemeinsam geht es am besten voran, deshalb sollte am Anfang aller Aktivitäten die Erarbeitung einer gemeinsam getragenen übergreifenden Klimastrategie stehen. Unter Einbeziehung aller wesentlichen Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft und mit klarer Zieldefinition einschließlich einiger Zwischenziele. Auf der Agenda sollten daher zuerst relativ leicht umsetzbare Maßnahmen mit hohem CO₂-Einsparpotenzial, die berühmten „low hanging fruits“ stehen und umgesetzt werden. Eine kontinuierliche Evaluation des Absenkpfeils anhand eines Soll-/Ist-Vergleichs ist entscheidend, um den Fortschritt nachvollziehbar zu machen und bei Bedarf rechtzeitig gegenzusteuern.

Wie ist Klimaschutz in der Kommune verankert, und wo zeigt er Wirkung?

Mit dem KLIMA_Dialog zum KLIMA_Plan: 73 Maßnahmen gemeinsam definiert

Die Landeshauptstadt Wiesbaden orientiert sich an den Bundeszielen und will bis 2045 Klimaneutralität erreichen, angestrebt wird dieses Ziel bereits für 2035. Der Weg dahin ist im KLIMA_PLAN beschrieben, der auf der Fortschreibung des integrierten Klimaschutzkonzeptes von 2023 fußt. Im KLIMA_PLAN wurden im Jahr 2024 insgesamt 73 Maßnahmen definiert. Diese verteilen sich auf die vier übergeordneten Handlungsfelder „Energie“, „Klimagerechte, nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung“, „Mobilität“ sowie „Stadtverbund“ und wurden in einem KLIMA_DIALOG-Prozess dezernats- und ämterübergreifend zusammen mit den städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben erarbeitet.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Im Frühjahr dieses Jahres wurde der KLIMA_PLAN und somit der Weg zur Klimaneutralität politisch beschlossen. Prioritäre Schlüsselmaßnahmen sind die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung, die energetische Gebäudesanierung städtischer Liegenschaften, die Elektrifizierung der Busflotte und die Flächenbereitstellung für die Energie- und Mobilitätswende.

Durch regelmäßige Berichterstattung und THG-Bilanzierung mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit macht die Landeshauptstadt deutlich, wie weit sie auf ihrem Weg ist. Für das zweite Halbjahr 2025 ist die Veröffentlichung einer Klima-Uhr auf der städtischen Homepage wiesbaden.de geplant. Sie zeigt live das CO₂-Restbudget auf lokaler und globaler Ebene.

Stadtweite Zusammenarbeit beim Klimaschutz ist gut eingespielt

Kommunaler Klimaschutz geht über unseren Fachbereich „Klimaschutz & Klimaanpassung“ weit hinaus. Er ist eine Gemeinschaftsaufgabe und das wird im Arbeitsalltag in Wiesbaden auch gelebt! Es bestehen große inhaltliche Schnittmengen mit dem Hochbauamt – etwa im Bereich der energetischen Sanierung von Schulgebäuden – sowie mit dem Stadtplanungsamt, insbesondere bei der Konzeption nachhaltiger Quartiere. Daraus ergibt sich eine enge Abstimmung und eine konstruktive Zusammenarbeit, die sich auch auf weitere städtische Fachämter sowie externe Akteure wie Energieversorger und Netzbetreiber erstreckt. Diese Kooperationen sind für ein wirkungsvolles und nachhaltiges Handeln von

© Umweltamt der Landeshauptstadt Wiesbaden



zentraler Bedeutung. Das Umweltamt bildet dabei eine stabile und verbindende Instanz, die Klimaschutz in Wiesbaden strategisch mitgestaltet und verlässlich vorantreibt. Seit 2020 berät ein Lenkungskreis unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters die strategischen Ziele zum Klimaschutz. Der Lenkungskreis setzt sich aus städtischen Dezernent:innen, Amtsleitungen und Vertreter:innen der städtischen Gesellschaften zusammen. Facharbeitsgruppen entwickeln konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen.

Kommunaler Klimaschutz als Pflichtaufgabe?

Besonders hemmend für einen erfolgreichen Klimaschutz sind fehlende gesetzliche Regelungen auf Bundes- und Landesebene. So ist Klimaschutz im Jahr 2025 immer noch nicht zur kommunalen Pflichtaufgabe geworden! Unsichere und oftmals wechselnde politische Rahmenbedingungen tun ein Übriges. Ebenfalls sehr herausfordernd: mangelnde finanzielle und personelle Ressourcen. Und das, trotz des „Boosts“ durch Fridays for Future. Die Proteste von Fridays for Future haben gesellschaftlichen Druck erzeugt, mehr Ressourcen für den Klimaschutz bereitzustellen. Sie haben dazu beigetragen, dass 2019 in Wiesbaden der Klimanotstand politisch erklärt wurde und infolgedessen mehr Geld und Personal bereitgestellt wurden. Es ist gut, dass viele weitere Akteure vor Ort das Thema Klimaschutz oben auf ihrer Agenda haben. Vereine und Bürgerinitiativen wie „Superblock im Rheingauviertel“, SoLaWie oder der ADFC, aber auch ein seit über 35 Jahren bestehender städtischer Umweltaden zur Bürgerinformation und der Klimaschutzbeirat, tragen den Klimaschutz in die Gesellschaft.

Außerdem gibt es eine gut aufgestellte Klimaschutzagentur, die alle Interessierten berät sowie eine gute Zusammenarbeit mit Bürgerenergiegenossenschaften und Energieversorgern pflegt. Unternehmen, die umwelt- und klimafit werden möchten, können als Basis für ein effektives Klimamanagement das städtische Beratungsangebot ÖKOPROFIT+Klima nutzen.

Die „Besteller“ für wirkungsvollen Klimaschutz

Stichwort Nachhaltige Stadtentwicklung: 2019 haben Stadtplanungs- und Umweltamt gemeinsam am Beispiel eines Modellquartiers in Mainz-Kastel, der Kastel Housing Area, fünf zentrale Themenfelder für eine ressourcenschonende, zukunftsfähige Stadt- und Quartiersentwicklung entwickelt: „Lebendige Stadt“, „Klimaoptimiertes Stadtgrün“, „Sensibles Wassermanagement“, „Erneuerbare & graue Energie“ sowie „Neue Mobilität“. Hinter diesen fünf Themenfeldern stehen sogenannte „Spielregeln nachhaltiger Stadtentwicklung“. Die Landeshauptstadt Wiesbaden verfügt damit über einen Werkzeugkasten, der von Beginn an in städtebaulichen Planungen und auch in Bestandsquartieren berücksichtigt wird.

Stichwort nachhaltiges Bauen in Verbindung mit zentralem Energiemanagement: Das „Leitbild Nachhaltiges Bauen“ und die dazu gehörenden „Leitlinien Nachhaltiges Bauen“ mit konkreten technischen Vorgaben und qualitativen Anforderungen der Stadt Wiesbaden an die Ausführung der Baumaßnahmen, fungieren als zentrales Element in der Entwicklung von Neubau und Bestand der städtischen Liegenschaften. Das zentrale Energiemanagement ist eng mit dem „Leitbild Nachhaltiges Bauen“ verknüpft und gewährleistet durch kontinuierliche Erfassung, Steuerung und Optimierung des Energieeinsatzes eine effiziente Ressourcennutzung. Dadurch werden sowohl ökologische als auch ökonomische Ziele der Stadt Wiesbaden konsequent unterstützt und der Energieverbrauch der städtischen Liegenschaften nachhaltig reduziert.

Stichwort Solarenergie: Sukzessive stattet die Landeshauptstadt öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Sporthallen oder Bürgerhäuser mit PV-Anlagen aus. Bisher wurden auf 74 Gebäuden rund 5.300 Kilowatt-Peak Anlagenleistung installiert.

Stichwort Radverkehr: Wiesbaden unternimmt erhebliche Anstrengungen, um den Radverkehr zu fördern. In den letzten Jahren ist Radfahren in Wiesbaden durch einen massiven Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur bereits sehr viel attraktiver geworden. Die Rad+ App ist ein innovatives Projekt, welches auch in Wiesbaden mit großem Erfolg etabliert wurde. Über 6.000 Nutzende haben in unserer Stadt bereits 1,6 Millionen Kilometer mit dem Fahrrad zurückgelegt. Die App funktioniert als digitale Fahrradplattform, auf der Radfahrende ihre Fahrten erfassen und dafür Punkte sammeln können. Diese Punkte lassen sich gegen kleine Belohnungen wie Gutscheine für Workshops oder einen Kaffee im lokalen Café eintauschen. Die dabei generierten Daten werden anonymisiert ausgewertet und liefern wertvolle Erkenntnisse über Fahrtrouten und -verhalten, die direkt in die Planung und Verbesserung der Radinfrastruktur einfließen.

Wo zeigen sich Auswirkungen der aktuellen Klimapolitik auf

den Arbeitsalltag?

Sektorübergreifend zu denken, ist die Basis

Die Neufassung des Klimaschutzgesetzes im April 2024 hatte für uns in der kommunalen Verwaltungspraxis keine Auswirkungen, da die Zusammenarbeit mit anderen Bereichen zu dem Zeitpunkt bereits gut aufgestellt war. Die gute Entwicklung der Zusammenarbeit basiert unter anderem auf dem seit 2015 mit dem ersten Integrierten Klimaschutzkonzept der Stadt Wiesbaden etablierten regelmäßigen ressortübergreifenden und interdisziplinären Austausch. In Arbeitsgruppen und Projektteams wird seit Jahren kontinuierlich an klimaschutzrelevanten Fragestellungen gearbeitet, was ein sektorenübergreifendes Denken fördert und die Koordination zwischen den Fachbereichen verbessert. Auch bei Entscheidungen zu Klimaschutzthemen der städtischen Gremien können wir positive Auswirkungen des sektorübergreifenden Denkens erkennen. So wurde beispielsweise der städtische KLIMA_PLAN von der Wiesbadener Stadtpolitik beschlossen.

Mangelnde finanzielle Unterstützung bremst die Kommunen

Leider sind die tatsächlichen Auswirkungen auch deshalb sehr beschränkt, weil die gesetzlichen Vorgaben für bereits aktive Kommunen zu unkonkret sind und keine Zuweisung von Finanzmitteln mit ihnen verbunden ist. In der Kommunalpolitik werden durch das Gesetz bei einigen Befürwortern von Klimaschutzthemen verständlicherweise Ansprüche bzw. Hoffnungen auf eine schnellere Umsetzung geweckt. Diese ist aber auf Grund fehlender finanzieller Ausstattung der Kommunen nicht im erforderlichen Umfang leistbar.



© Umweltamt der Landeshauptstadt Wiesbaden

Welche Bedeutung hat die klimaneutrale Wärmeplanung für

den Klimaschutz?

Wärmeplanung ist ein zentraler Bestandteil für guten Klimaschutz

Die Dekarbonisierung der Energieversorgung der Städte ist ein zentrales Thema und die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung ist insbesondere Treiber in Sachen kommunaler Klimaschutz. Die kommunale Wärmeplanung ist daher ein essentieller Bestandteil der kommunalen Klimaschutzstrategie. Die Landeshauptstadt befindet sich hier mitten im Prozess. Dieser hat schon 2021 mit der „Strategischen Wärmeplanung“ im Rahmen der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes begonnen, also schon vor der Einführung der kommunalen Wärmeplanung mit dem Hessischen Energiegesetz. Als Ergebnis wurde ein Wärmekataster als Basis für die weiteren Planungen erstellt. Auf Grundlage einer Potenzialanalyse wurden daraus Szenarien zu zukünftigen Wärmebedarfen entwickelt.

Klimaneutrale Wärme muss für alle bezahlbar sein

Aufbauend auf der „strategischen Wärmeplanung“ wird zurzeit in Kooperation mit dem lokalen Energieversorger ESWE Versorgungs AG eine detaillierte „Kommunale Wärmeplanung“ erstellt. Relevante Akteure wie Netzbetreiber, Wohnungswirtschaft und Gebäudeeigentümer:innen werden sukzessive beteiligt. Neben den Zielen der Effizienz und Wirtschaftlichkeit spielt vor allem auch die Umweltfreundlichkeit eine wichtige Rolle.

Heute werden rund 81 Prozent der Wohnhäuser mit Gas oder Öl versorgt. Um die für 2035 angestrebte Klimaneutralität zu erreichen, wären in Wiesbaden Jahr für Jahr rund acht Prozent der Häuser auf klimaneutrale Heizsysteme umzustellen. Neben der Reduktion von THG-Emissionen geht es auch darum, eine zukunftsfähige Infrastruktur zu schaffen. Dazu müssen technologische Lösungen gefunden und sozialverträgliche Aspekte wie die Schaffung einer möglichst kostengünstigen Wärmeversorgung berücksichtigt werden. Daher setzt die Stadt auch auf finanzielle Anreize, Fördermöglichkeiten und Beratungsangebote, um den Umstieg auf erneuerbare Energien zu erleichtern. Und last but not least: Wir beziehen die Bürger:innen mit Beteiligungsformaten aktiv in den Planungsprozess mit ein. Denn nur so kann die Wärmeplanung optimal auf die Bedürfnisse der Stadt und ihrer Bewohner:innen abgestimmt werden.

Haben die Bereiche Personal und Finanzen ihre Haltung zum

Klimaschutz nachhaltig verändert?

Deutliche Verstärkung der Mannschaftsgröße

Eine veränderte Einstellung zur Bedeutung von Klimaschutz innerhalb von Politik und Verwaltung zeigt sich sicherlich daran, dass mehrere neue Stellen und mehr Ressourcen für Klimaschutz- und Klimaanpassungsthemen bereitgestellt werden. Allein im Team des Fachbereiches Klimaschutz & Klimaanpassung des Umweltamtes arbeiten derzeit 12 Personen. Darüber hinaus sind auch in weiteren Bereichen der Stadtverwaltung Mitarbeitende mit beiden Themenfeldern befasst.

© Umweltamt der Landeshauptstadt Wiesbaden



Ressortübergreifendes städtisches Klimabudget ermöglicht Handlungsfähigkeit

Die Einführung eines ressortübergreifenden städtischen Klimabudgets unterstreicht eindrucksvoll den hohen Stellenwert, den die Stadt dem Klimaschutz beimisst, und signalisiert eine klare, grundsätzlich positive Haltung gegenüber Klimaschutzprojekten. In Anbetracht der wachsenden Aufgaben zur Erreichung der Klimaschutz-

und Klimaanpassungsziele hat die Stadt Wiesbaden mit ihrem Klimabudget eine nachhaltig und langfristig angelegte Finanzierung für Klimaschutz aufgesetzt, die in die jährlichen Haushaltsberatungen mit aufgenommen wird. Für die Jahre 2024/2025 wurde das Budget dafür auf insgesamt rund 34 Millionen Euro aufgestockt – von 20 Millionen Euro für die Jahre 2022/2023. Trotz der angespannten allgemeinen Finanzierungslage der Kommune konnten somit einige Klimaschutzmaßnahmen positiv beschieden und auf den Weg gebracht werden.

Die Interviewreihe „Mal nachgefragt“ findet im Rahmen des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderten NKI-Projektes „Erfolgsmodell Klimaaktive Kommune – Vorbilder identifizieren, kommunizieren, replizieren“ statt. Befragt werden ausgewählte Mitgliedskommunen des bundesweiten Arbeitskreises Kommunaler Klimaschutz (AKK). Der AKK besteht überwiegend aus Vertreter:innen aus Preisträgerkommunen des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune“ (bis 2015 „Kommunaler Klimaschutz“), Vertreter:innen der kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie dem organisierenden und fachlich begleitenden Deutschen Institut für Urbanistik. Der Arbeitskreis beschäftigt sich mit Themen rund um den kommunalen Klimaschutz. Mit verschiedenen Veröffentlichungen gibt der Arbeitskreis konkrete Hinweise zu aktuellen Fragestellungen. Zielgruppen sind die Verwaltungen in Kommunen ebenso wie Entscheidungsträger:innen auf politischer Ebene.